

Die Entwicklung des ostdeutschen Parteiensystem und die Perspektiven von Bündnis 90/Die Grünen

(unveröffentlichtes Manuskript von 1999)

In Teilen der politikwissenschaftlichen Literatur wurde nach 1990 zunächst davon ausgegangen, daß das Parteiensystem der alten Bundesrepublik in den Ostländern mehr oder weniger bruchlos übernommen werden wird. Die PDS wurde eher als temporäres Phänomen aufgefaßt, das nach einer gewissen Übergangszeit von selbst verschwinden wird (Sauer 1998: 39). Das Superwahljahr 1994 hat diese These gründlich widerlegt. Bereits damals zeichnete sich in Umrissen das 3-Parteiensystem ab, das sich - sieht man von den Wahlerfolgen der DVU in Sachsen-Anhalt und Brandenburg ab - inzwischen in Ostdeutschland fest etabliert hat. Interessant sind mittlerweile vor allem die Verschiebungen innerhalb dieser drei Blöcke, also vor allem die Bewegungen zwischen SPD und PDS, aber auch zwischen SPD und CDU sowie das offensichtliche Nord-Süd-Gefälle, das jetzt die westlichen wie die östlichen Bundesländer auszeichnet. Auch die Politikwissenschaft hat nach dem Superwahljahr 1994 einen Schwenk vollzogen und konzentriert sich mittlerweile auf die Besonderheiten des Parteiensystems in Ost und West. Nicht nur das 3-Parteiensystem, sondern auch die Besonderheiten der Parteien im Osten werden an prominenter Stelle diskutiert (Lösche/Birsl 1998, Oberreuter 1996, Veen 1995). Eine Sonderstellung nimmt die PDS ein. Sie ist die einzige sozial verankerte Partei im Osten, die über ein breites politisches Vorfeld verfügt, fest in lokalen Milieuzusammenhängen verankert ist, mit Abstand die meisten Mitglieder in die Waagschale werfen kann und in ihren mittleren und oberen Führungsebenen ausgeprägte intellektuelle Kompetenzen der Generation der 35-50jährigen einbringen kann. Darüber hinaus kann sie ein breites Netz an Aktivisten und Halbprofessionellen mobilisieren, die die Parteiarbeit vor Ort tragen. Inzwischen gehen selbst Skeptiker davon aus, daß die PDS auf dem besten Wege ist, zur Volkspartei zu werden. Das Wählerprofil zeigt, daß es keinesfalls die „Ärmsten“ und sozial am meisten Deprivierten sind, die PDS wählen, sondern im Gegenteil überdurchschnittlich viele Gutsituierte, vor allem Beamte, Angestellte, Hochschulabsolventen, auch kleinere und mittlere Unternehmer. Vor diesem Hintergrund ist die PDS in einer beinahe einzigartigen Situation. In der insgesamt entstrukturierten ostdeutschen Gesellschaft verfügt sie als einzige Partei über ein festes Potential von Wählern, die mit der PDS durch dick und dünn gehen, eine starke ideologische Affinität zur PDS aufweisen und sich auf hohem Niveau mit der Partei affektiv identifizieren. Darüber hinaus kann sie situativ weniger fest gebundene Wähler der anderen Parteien zu sich herüberziehen. So konnte sie z.B. in Sachsen 40.000 Stimmen von der SPD, 21.000 Stimmen von der CDU, 12.000 Stimmen von den Bündnisgrünen und 40.000 Stimmen von bisherigen Nichtwählern gewinnen.

Wie stark diese Vorteile wiegen, läßt sich an den massiven strukturellen Problemen aller anderen Parteien in Ostdeutschland ermessen. Zu diesen strukturellen Problemen gehören eine geringe Zahl an Mitgliedern und Aktivisten, eine geringe Organisationsdichte und schwach ausgeprägte Organisationsstrukturen, ein Mangel an Kandidaten für Mandate und Parteiämter, ein starker hauptamtlicher Apparat, dem vergleichsweise wenige Mitglieder gegenüberstehen, eine fehlende vopolitische Vernetzung sowie eine geringe emotionale Bindung der Mitglieder und Wähler an die eigene Partei. Darüber hinaus ist die ostdeutsche Wählerschaft äußerst mobil und stimmungsabhängig und in ihrem Wahlverhalten sehr stark auf bestimmte Themen und Personen fixiert, so daß sich - mit Ausnahme der PDS - bisher kaum Stammwählermilieus herausgebildet haben.

Tatsächlich weisen die Ergebnisse der Landtagswahlen in den letzten Monaten in Ostdeutschland genau diese Merkmale auf. Wähler, die noch 1998 bei der Bundestagswahl der SPD ihre Stimmen gegeben haben, haben dieser mittlerweile enttäuscht den Rücken gekehrt und sind zum Teil in Richtung CDU, zum Teil in Richtung PDS abgewandert. Die Wahlen in Sachsen und Thüringen im Jahr 1999 haben neben diesem allgemeinen Bundestrend die Bedeutung von *issue*- und Kandidatenorientierung bestätigt. Selbst 76 % der SPD und sogar 69 % der PDS-Wähler/innen waren der Meinung, daß Kurt Biedenkopf der beste Ministerpräsident für Sachsen sei. Daneben galt die CDU in allen prioritären Politikfeldern - also Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bildung und innere Sicherheit - mit großem Abstand als kompetenteste Partei.

Die Frage, der ich im Folgenden nachgehen möchte, ist: Handelt es sich bei diesen hier angedeuteten Kennzeichen des ostdeutschen Parteiensystems tatsächlich um eine ostdeutsche Spezifität oder lassen sich ähnliche Trends auch im Westen ausmachen. Anders ausgedrückt: Bewegt sich die Entwicklung des ostdeutschen und westdeutschen Parteiensystems, wenn auch aus je unterschiedlichen Gründen, immer weiter aufeinander zu? In bezug auf die Verfaßtheit der Parteien hat Peter Lösche die Frage folgendermaßen zugespitzt: „Wird ... den westdeutschen Parteien ihre eigene Zukunft in der Organisationswirklichkeit der Parteien in den neuen Bundesländern gezeigt?“ (Birsl/Lösche 1998: 24) Alle vorliegenden Zahlen deuten tatsächlich darauf hin, daß seit langem auch in Westdeutschland die Parteien kontinuierlich Mitglieder verlieren, daß die Anzahl der ehrenamtlich Aktiven konstant abnimmt, daß die Organisationsstrukturen schwächer werden und daß die Bindekraft gegenüber Mitgliedern und Wählern nachgelassen hat. Auch wenn die Ausmaße noch nicht so dramatisch wie im Osten sind, ist der Trend dennoch unverkennbar.

Gleiches gilt mit Blick auf das Wahlverhalten. Auch im Westen hat die Flexibilität und Mobilität der Wähler in den letzten Jahrzehnten immer mehr zugenommen. Die Kernwählermilieus von SPD und CDU werden nur noch auf ca. 14 % geschätzt (Oberreuter 1997: 14). Das Potential der ungebundenen Wechselwähler ist dagegen auf rund 50 % gestiegen und auch die Anzahl der Nichtwähler wächst konstant. Immer öfter stellt sich der sogenannte *last swing*-Effekt ein, das heißt Wähler/innen entscheiden erst in den letzten Tagen vor der Wahl, für welche Partei und welchen Kandidaten sie sich entscheiden. Dabei hat die Personenorientierung deutlich zugenommen. In der Politikwissenschaft werden diese Entwicklungen unterschiedlich beurteilt: einige sehen darin eine Gefährdung der Stabilität des Parteiensystems und der Demokratie, andere halten dies für eine Normalisierung, die an die Entwicklungen in anderen demokratischen Ländern anknüpft und durchaus nicht bedrohlich ist (vgl. Helms 1999).

Tatsächlich scheint die seit langem in der empirischen Wahlforschung beobachtete Tendenz der sozialen, kulturellen und politischen Fragmentierung der Wählerschaft, die im Zuge des sozialen und technologischen Wandels auf tiefgreifende sozialstrukturelle Veränderungen in der Gesellschaft zurückgeht, auch in Deutschland eine neue Qualität erreicht zu haben. Die Anzahl der Traditionswähler, die aufgrund klassenmäßiger oder konfessioneller Bindungen über viele Jahrzehnte konstant eine Partei wählen, ist soweit geschrumpft, daß sie immer weniger wahlentscheidend wird. Bei Enttäuschungen über das aktuelle Politikangebot der von ihnen präferierten Partei, neigen gerade diese Wähler zunehmend zur Wahlenthaltung. Hinzu kommt, daß Konformitätsdruck, aufgrund der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu, insbesondere bei jüngeren Wähler kaum noch eine Rolle spielt. Stark gewachsen ist dagegen das Spektrum der politischen unberechenbaren, flexiblen und mobilen Wähler, die kontext- und situationsbezogen wählen. Je nach aktueller Stimmungslage und Politikperformance der einzelnen Parteien vergeben diese Wähler ihre Stimme. Dabei sind einige überraschende Effekte festzustellen: die Querrotation dieser Wähler nicht nur zu „benachbarten“ Parteien, sondern auch direkt zu weit auseinanderliegenden politischen Kontrahenten ist durchaus nicht mehr ungewöhnlich. So wechselten im Saarland mehr Grünenwähler zur CDU als zur SPD. Offensichtlich war es im Wahlkampf ein kluger Schachzug des CDU-Spitzenkandidaten Peter Müller, einen Vertreter der Umweltverbände in seine potentielle Regierungsmannschaft aufzunehmen. In Hessen waren es immerhin 8.000 Grünenwähler, die direkt zur CDU gingen. Auch Austauschprozesse zwischen den beiden Volksparteien finden in erheblichen Größenordnungen statt. Bei der Bundestagswahl 1998 gewann die SPD von der CDU mehr als 1,6 Millionen Stimmen hinzu. Gleichzeitig deutet sich eine weitere regionale Ausdifferenzierung des Wählerverhaltens an, mit dem Effekt, daß Wahlerfolge auch gegen den allgemeinen Stimmungstrend erzielt werden können. Kurz vor der Bundes-

tagswahl im letzten Jahr konnte die CSU in Bayern, angeführt von ihrem damals politisch noch nicht angeschlagenen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, gegen den Bundestrend ein phantastisches Wahlergebnis erzielen, während die bayrische SPD ein enttäuschendes Wahlergebnis einfuhr. Vierzehn Tage später wurden die Unionsparteien dennoch von der SPD bei der Bundestagswahl vernichtend geschlagen. Im Juni 1999 gelang Henning Scherf in Bremen das Kunststück, mit einer Politik, die die Vertretung der Interessen des kleinsten Bundeslandes zur Herzensangelegenheit machte, die SPD mit einem Stimmengewinn von fast 10 % (von 33,4 % auf 42,6 %) aus dem „Tal der Tränen“ zu führen, und das trotz des Gegenwindes, der der SPD bundesweit ins Gesicht blies. Die Mobilisierung lokaler und regionaler Identitäten scheint beim Wahlverhalten, angesichts einer zunehmend unübersichtlicher werdenden politischen Landschaft und der komplexen Entscheidungsstrukturen auf nationalstaatlicher und supranationaler Ebene, eine noch größere Rolle als bereits in der Vergangenheit zu spielen.

Die Diskussion um die sogenannte Neue Mitte, die seit einiger Zeit sowohl bei den Parteien als auch in der Politikwissenschaft geführt wird, ist vor diesem Hintergrund auch ein Reflex auf die hier angedeuteten Veränderungen innerhalb der Wählerschaft. Es spricht einiges dafür, daß diese Veränderungen die Parteien in Zukunft zwingen werden, stärker als bisher von Wahl zu Wahl neue milieuübergreifende Wählerbündnisse anzusteuern. Dabei kommt es aus Sicht der Parteien vor allem darauf an, Wahlkampfstrategien zu entwickeln, die einerseits die eigene Kernwählerschaft maximal mobilisieren und gleichzeitig die politisch interessierten, aber gleichzeitig enorm flexiblen und auf eine schlechte Politikperformance äußerst sensibel reagierenden Wähler an sich zu binden. Das Problem besteht darin, daß die Neue Mitte gegenwärtig noch keine klaren Konturen hat, sondern eher wie ein Pudding ist, den man bekanntlich nicht an die Wand nageln kann. Es handelt sich gewissermaßen um eine frei vagabundierende, heterogene und amorphe Wählermasse, die nur schwer zu qualifizieren ist. Man könnte sich die Neue Mitte vielleicht als ideelle Schnittmenge aus postmodernen Jungwählern und traditionsbewußten aufgeklärten Altwählern, aus Wählern aus modernen Dienstleistungszentren und klassischen Industriebetrieben, aus bürgerlich-liberalen und ökologisch-angegrüntem Milieus vorstellen. Die Wähler der Neuen Mitte erwarten politischen Gestaltungswillen statt administratives Abarbeiten von Problemen, ein pragmatisches Politikangebot statt ideologische Bekehrung, auf Zukunftsfähigkeit angelegte strukturelle Reformen statt sozialstaatliche Beglückung durch Alimentierung, ein ausgewogenes Verhältnis von staatlicher Fürsorge und individueller Eigenverantwortung.

Trotz der Annäherungstendenzen des Parteiensystems und der Parteistrukturen in Ost und West gibt es natürlich erhebliche Unterschiede, die differenzierte politische Strategien ver-

langen. So dürfte das Konzept der Neuen Mitte in einem Umfeld, das sozialstrukturell noch sehr viel weniger ausdifferenziert ist als im Westen, im Osten auf sehr viel größere Schwierigkeiten stoßen. Im Gegenteil: der Ostwähler wird damit zunächst nicht allzuviel anfangen können. Es gilt aber auch für den Osten, daß es sehr stark darauf ankommt, wie es den nicht in einem bestimmten Milieu verankerten Parteien gelingt, heterogene Wählerschichten von Wahl zu Wahl neu zu mobilisieren, *issue*-orientierte Wahlkämpfe professionell zu organisieren und starke Persönlichkeiten zu präsentieren, die die Fähigkeit haben, Wähler aus unterschiedlichen Richtungen anzusprechen.

Um diese Bedingungen erfüllen zu können, müssen natürlich auch Parteistrukturen so ausgerichtet sein, daß sie den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Insgesamt, so könnte man zugespitzt formulieren, befinden wir uns in einer Phase der Transformation des Parteiensystems klassischer Prägung. Traditionell wurden den Parteien folgende Eigenschaften zugeschrieben: sie sind Repräsentanten bestimmter soziodemokratischer Milieus und sozialstruktureller Spaltungen in der Gesellschaft (Klassen, Konfessionen) und insofern Transmissionsriemen bestimmter sozialer Interessen. Des Weiteren stehen sie für eine bestimmte programmatische Richtung, die sich auf der Rechts-Links-Achse verorten läßt. Beide Eigenschaften sind in der postindustriellen Gesellschaft brüchig geworden. Heute müssen die Parteien ihre klassischen Aufgaben, also Interessenrepräsentation, Interessenartikulation, Interessenaggregation und Interessenmobilisierung, in einem veränderten Umfeld neu definieren. Lange Zeit galten die Volksparteien, die als starke Mitgliederparteien und *all-catch*-Parteien, ihre Rolle als Massenintegrationsparteien optimal erfüllen konnten, als das Erfolgsrezept der Stabilität des deutschen Parteiensystems. Aber auch sie stehen jetzt vor grundlegenden Veränderungen. Für die Wahlkampfführung im engeren Sinne werden die Mitglieder immer unwichtiger (das wird auf professionelle Ebenen verlagert), für bestimmte innerparteiliche Inthronisierungen dagegen immer wichtiger (Einführung plebiszitärer Elemente, z.B. durch Mitgliederabstimmungen über Kandidaten). Am meisten entmacht werden die Funktionäre auf unterer und mittlerer Ebene. Parteiführungen kommunizieren direkt über die Medien mit den Mitgliedern und Wählern, häufig unter Ausschaltung des eigenen Parteiapparates¹. Insgesamt besteht durch diese Entwicklung natürlich auch die Gefahr einer Entpolitisierung von Wahlkämpfen und die Ersetzung von inhaltlichen Auseinandersetzungen durch mediale öffentliche Inszenierungen ersetzt. Einen Vorgeschmack darauf hat u.a. der Wahlparteitag der SPD 1998 gegeben.

¹ Damit handelt man sich natürlich zum Teil auch erhebliche innerparteiliche Probleme ein, wenn man z.B. die Reaktionen innerhalb der SPD auf das Schröder-Blair-Papier betrachtet.

Was bedeuten diese Überlegungen für Ostdeutschland und insbesondere für die Position der Bündnisgrünen? Zunächst einmal wird sich an den gegenwärtigen Rahmenbedingungen für die Bündnisgrünen im Osten über kurz oder lang kaum etwas ändern. Die bündnisgrüne Partei verfügt hier nur über einen kleinen Apparat, hat eklatante Organisationsdefizite, eine außerordentliche geringe Mitgliederdichte und nur noch eine winzige Stammwählerschaft. Selbst die kommunalpolitischen Bastionen sind bei den Kommunalwahlen in den letzten Jahren so gut wie weggebrochen. Mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern kommt hinzu, daß es hier von Anfang an große Vorbehalte gegenüber dem Parteiwerdungsprozeß der Bürgerbewegungen und ihrer Verschmelzung mit den Grünen gegeben hat. In Rostock z.B. gibt es eine lokale Bündnisliste, die sich beharrlich der Integration in die bündnisgrüne Partei verweigert hat.

Ist angesichts dieser Ausgangslage das von Joachim Raschke entworfene Konzept der Rahmenpartei ein Ausweg aus der Krise der Bündnisgrünen in Ostdeutschland? Zur Beantwortung dieser Frage muß natürlich zuerst geklärt werden, was eine Rahmenpartei überhaupt ist. Raschke spricht von der ideologischen und professionellen Rahmenpartei (vgl. Raschke 1993). Unter ideologischer Rahmenpartei versteht er zunächst einmal nichts anderes, als daß die Grünen eine Plattform für unterschiedliche Ideologien sind und daß bestimmte Ideologieelemente wichtig sind, um den Identitätsbedarf von Parteimitgliedern und Wählern zu decken. Ideologien mit Letztbegründungsanspruch zählen aber nicht dazu. Als weiteres Kennzeichen nennt er das ernst Nehmen von radikaler Pluralität, das auch die positive Legitimierung von Minderheiten einschließt, ohne sich diesen auszuliefern. Raschke hat diese Definitionen mit Blick auf die „postmoderne Konstellation“ des Westens entworfen und die Grünen in dieser Konstellation als die postmoderne Partei schlechthin ausgemacht. Diese Einschätzung läuft am Osten aber vorbei. Es dominieren hier eher traditionelle Orientierungen, während postmaterialistische Einstellungen noch sehr viel weniger verbreitet sind. Die entsprechenden Milieus, die die Grünen zumindest in den großstädtischen westlichen Milieus immer noch tragen, existieren im Osten allerhöchstens rudimentär.

Kommen wir zum zweiten Element: professionelle Rahmenpartei. Raschke grenzt diesen Typ von der Bewegungspartei ab, also dem Typ, dem sich die Grünen in der Regel im Westen zugeordnet haben. Die professionelle Rahmenpartei zeichnet sich durch eine relative Schwäche in bezug auf personelle Ressourcen aus, die sie durch eine professionelle soziale und politische Mobilisierung von Bewegungen, Teilöffentlichkeiten und Wählerschaft zu kompensieren versucht. Sie stützt, so Raschke, die Selbstmobilisierung und Selbstorganisation ihrer Klientel und vermittelt deren Interessen in den parlamentarisch-massemedialen Komplex. „Sie ist ein Konstrukt der intermediären Felder, ihre Aufgabe heißt Vermittlung.“

(Raschke 1993: 866). Als selbstbegrenzende Partei versteht sie sich nicht in erster Linie als Mitgliederpartei, sondern als Teil eines breiteren Netzwerks. Um ihre vermittelnde und intermediäre Kompetenz zu stärken, muß sie unkonventionelle Professionalität entwickeln. In diesem Zusammenhang entwickelt Raschke den Typ des Semiprofessionellen. „Man kann,“ so schreibt Raschke, „ehrenamtlich oder auf Teilzeitbasis aktiv sein und dennoch ... professionell sein“ (Raschke 1993: 870) Wichtig sei, daß die Rahmenpartei außerhalb der Partei über „Wissenskanäle und politische Erfahrungsfelder“ verfüge, „deren Transfer unabhängig von Vollzeitanzstellung für die Partei von großem Nutzen sein kann.“ (Raschke 1993: 870) Rasche führt in diesem Kontext auch den Begriff des „politischen Unternehmers“ ein. Zu seinen Fähigkeiten gehört: „Initiative, kontinuierliche Eigenaktivität, auch ohne formelles Amt/Mandat ...; die Fähigkeit zur Vernetzung aktiver Minderheiten, auf die in der Rahmenpartei fast alles ankommt; das Sich-Bewegen auf offenen Märkten (potentieller) Mitglieder, Wähler, Bewegungen.“ (Raschke: 869) Schließlich räumt Raschke ein, daß auch die Rahmenpartei - selbst wenn die Zahl der Mitglieder nicht das wichtigste Element ist - ohne eine ausreichende Anzahl von aktiven Mitgliedern, die die externe Kommunikation mittragen, nicht funktionieren kann. Er erklärt vor diesem Hintergrund die Mitgliederfrage sogar zum Überlebensproblem der Grünen (Raschke 1993: 872).

Man erkennt an diesen Zitaten, daß das Konzept der professionellen Rahmenpartei höchst voraussetzungsvoll ist. Es stellt sehr stark auf drei Elemente ab: a) das Vorhandensein eines Bewegungssektors bzw. aktiver Minderheiten, die mit der Partei vernetzt werden können, b) die Rolle eines politischen Entrepreneurs, der als politisches Multitalent initiieren, moderieren, vernetzen und nach außen kommunizieren kann, und c) das Vorhandensein einer ausreichend großen Anzahl von Mitgliedern, auf die jede Partei im Hinblick auf ihre Kommunikationsfähigkeit in die Gesellschaft hinein und auf die Rekrutierung von Funktionsträgern angewiesen bleibt. Insofern muß die Übertragbarkeit dieses Konzept auf die Situation der Bündnisgrünen im Osten stark relativiert werden. Aber auch für die Lösung der existentiellen Probleme der Grünen im Westen bietet dieses Konzept kaum noch tragfähige Ansatzpunkte.

Zunächst einmal muß man sich von der Vorstellung lösen, daß sich im Osten so etwas wie ein Parteientstehungs- und Aufbaukonzept nach westlichem Vorbild verwirklichen läßt und daß dabei bestimmte Parteikonzepte - wie das der Rahmenpartei - Pate stehen könnten. Dafür existieren erstens im Osten nicht Voraussetzungen, und zweitens tragen die Strukturen, die sich im Westen entwickelt haben, dort auch nicht mehr. Das zeigt u.a. ein Blick auf die Entwicklung des grünen Wählermilieus. Das alte Wählermilieu der Grünen im Westen, das in den achtziger Jahren noch über eine gemeinsame Vorstellung von linker Opposition gegen die Republik zusammengehalten wurde, ist längst zerfallen. Ein Teil der grünen Wäh-

ler ist in das Lager der Systemverweigerer, Nichtwähler oder PDS-Wähler abgedriftet, während Teile der postmaterialistisch-hedonistischen Wählergruppierungen inzwischen die Farben gewechselt haben und sich eher in das ungebundene Potential der Neuen Mitte einreihen. Insgesamt hat innerhalb des grünen Wählerspektrums eine deutliche Verschiebung in Richtung „Mitte“ stattgefunden, so daß die Partei sich ihrer Wähler nicht automatisch sicher kann. „Die Bündnisgrünen des Jahres 1996“, so Jürgen Falter, „haben nur noch wenig mit den Grünen der 80er Jahre zu tun. In der vergangenen eineinhalb Jahrzehnten sind ihre Wähler nicht nur buchstäblich ergraut, [...] sondern sie gehören mittlerweile auch sozial, familial und wirtschaftlich vielfach zu den Etablierten. [...] Die große Mehrheit der Grünenwähler hat sich in ihren allgemeinen Wertorientierungen wie in ihrer konkreten Problemsicht stärker als jemals zuvor der Mitte der Gesellschaft angenähert. Über zwei Drittel stufen sich heute politisch in der Mitte ein, nur ein knappes Drittel bezeichnet sich überhaupt noch als links.“ (Falter 1996: 56)

Vor diesen Hintergrund stehen die Bündnisgrünen im Osten vor folgenden Fragen: Welche Wähler wollen sie mittelfristig gewinnen? Welches sind die Themen und Projekte, mit denen sie sich profilieren können? Wie können sie ihre schwachen Kräfte bündeln und die Ressourcen so einsetzen, daß möglichst wenig für die pure Aufrechterhaltung des Parteiapparats verschwendet wird. Im Hinblick auf diese drei Fragestellungen sollen hier einige Vorschläge gemacht werden.

a) Der erste Vorschlag bezieht sich auf die Organisationsstrukturen und greift die Frage der Professionalisierung auf, so wie sie im Konzept der Rahmenpartei bei Raschke entwickelt wird. Hier lassen sich die größten Anleihen am Konzept der Rahmenpartei machen. Es kommt für die Bündnisgrünen in Ostdeutschland gewissermaßen darauf an, aus der Not eine Tugend zu machen. Angesichts der realen Personalschwäche müßten kleine Kerne aus Hauptamtlichen und Semiprofessionellen geschaffen werden. Für sie müßte die grüne Bundespartei politische Qualifizierungsmaßnahmen entwickeln, um ihre Kommunikationsfähigkeit in intermediären Feldern und in der Öffentlichkeit zu stärken. Dabei sind besonders solche Qualifikationen gefragt, die Raschke dem politischen Unternehmer zuschreibt, also: Fähigkeit zur Vernetzung, Sich-Bewegen auf offenen Märkten, Vermittlung grüner Inhalte in die Öffentlichkeit hinein. Auch die Wahlkämpfe im Osten müssen professioneller angelegt werden, stärker auf Schwerpunktbildung setzen sowie *issue-* und Medienorientierung in den Vordergrund rücken.

b) Die Arbeit der o.a. Kerne sollte auf die Vernetzung im intermediären Feld orientiert werden, statt Zeit- und Ressourcenverschwendung im Hinblick auf die Eigenpflege unproduktiver Parteistrukturen zu betreiben. Parteistrukturen klassischer Provenienz haben - abgese-

hen von der PDS - im Osten noch weniger Attraktivität als im Westen. Im übrigen verspricht die Arbeit im intermediären Feld mittelfristig mehr politischen Mehrwert als das sich um die eigene Achse drehen in formalen Parteistrukturen. Die Devise konnte lauten: Raus aus dem eigenen Milieu. Für die Orientierung der politischen Arbeit auf das intermediäre Feld sprechen drei Gesichtspunkte:

- Das intermediäre Feld ist auch im Osten im Wachsen begriffen. Das Engagement in kulturellen und sozialen Initiativen und Vereinen ist auch im Osten stärker als meistens angenommen wird. Mittel- und langfristig entstehen in diesem intermediären Umfeld am ehesten die Wählermilieus, aus denen auch die Grünen einmal schöpfen könnten.

- In diesem Umfeld entstehen Wertorientierungen, die mit grünen Leitbildern am ehesten kompatibel sind, z.B. libertär-demokratische Einstellungen, das produktive Einlassen auf die Vorteile der sozialen Marktwirtschaft, ein Gefühl von sozialer Gerechtigkeit, die nicht allein als staatliche Garantieleistung definiert wird, sondern sich auch auf zivilgesellschaftliche Solidaritätspotentiale bezieht.

- Die Grünen im Osten müssen sich stärker personalisieren, d.h. im Rahmen von offenen Parteistrukturen und Wahllisten Kandidaten mit starker persönlicher Ausstrahlung gewinnen, die über die nur noch kleine grüne Kernwählerschaft hinaus auch für die flexiblen Wähler anderer Milieus attraktiv sind. Solche Kandidaten, denen man nur eine schwache grüne Identität abverlangen müsste, findet man wahrscheinlich am ehesten in diesem intermediären Feld.

c) Der dritte Vorschlag zielt auf eine Strategie der Stärkung regionaler Identitäten. Den Grünen im Osten fehlt bisher ein ostdeutsches Kolorit. Man muß nicht die PDS kopieren oder gar überbieten wollen, aber eine stärkere Profilierung als eigenständige politische Kraft des Ostens, die nicht nur einfach ein Ableger der Westgrünen ist, würde den Bündnisgrünen in Ostdeutschland wahrscheinlich gut tun. In diesem Zusammenhang auch eigene regionale Identitäten herauszubilden meint nicht, einfach nur „ostdeutscher“ zu werden, sondern vor allem auch an die spezifischen kulturellen und politischen Traditionen des jeweiligen Bundeslandes anzuknüpfen und als Landespartei ein eigenes landespolitisches Profil zu entwickeln.

Literatur:

Birsl, Ursula/Lösche, Peter: „Parteien in West- und Ostdeutschland: Der gar nicht so feine Unterschied“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1 (1998).

Falter, Jürgen: Interview mit dem Wochenmagazin „FOCUS“, Heft 36/1996.

Helms, Ludger: „Gibt es eine Krise des Parteienstaates in Deutschland?“, in: Wolfgang Merkel und Andreas Busch (Hg.), Demokratie in Ost und West, Frankfurt a.M. 1999, S. 435-455.

Oberreuter, Heinrich: „Zwischen Erlebnisgesellschaft und Medieneinfluß: Die offene Zukunft des Parteiensystems“, in: Ders. (Hg.), Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie, München 1996, S. 9-23.

Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

Sauer, Thomas: Das landespolitische Dilemma der Bündnisgrünen im Osten, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Bündnis 90/Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin/Potsdam 1999, S. 39-44.

Veen, Hans-Joachim: „Zwischen Rekonzentration und neuer Diversifizierung. Tendenzen der Parteientwicklung fünf Jahre nach der Einheit“, in: Winand Gellner/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen, Frankfurt a.M. 1995, S. 117-135.